

## Studiengebühren in Hessen: Zahlen für weniger Lehre

**K**eine Wohnung, kein Platz in der Lehrveranstaltung, Bibliotheken ohne aktuelle Literatur: Viele Studierende merken schon im ersten Semester, dass sie es nicht selbst in der Hand haben, schnell zu studieren.

Statt die Studienbedingungen zu verbessern, kürzt Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) weitere Millionen bei den Hochschulen – und lässt die Leidtragenden Strafgebühren zahlen. Er schürt öffentlich das Klischee vom „Bummelstudenten“, um schon in der Durchschnittsstudienzeit abzukassieren.

Es gibt viele gute Argumente für ein freies Studium. Es kommt jetzt darauf an, sie hörbar zu vertreten. Bildung ist mehr als eine schnelle marktorientierte Berufsausbildung. Bildung ist keine Ware. Bildung ist ein Grundrecht!

Carmen Ludwig, Studentensprecherin der GEW Hessen

**Bis zu 900 Euro Gebühren sollen ab dem Sommersemester viele Studierende zahlen, 50 Euro Verwaltungsgebühren alle. Harte Kürzungen treffen die Hochschulen und den Sozialbereich.**

Studierende in Hessen sollen ab dem Sommersemester zahlen: Ein neuer „Verwaltungskostenbeitrag“ wird 50 Euro im Semester kosten. Für Studierende, die die Regelstudienzeit um drei bzw. vier Semester überschreiten, sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung zusätzliche Gebühren von 500 bis 900 Euro vor. Ein Zweitstudium soll bis zu 1500 Euro kosten. Nach ersten Schätzungen wird jede/r fünfte Studierende in Hessen doppelt zahlen.

41 Millionen Euro sollen so in den Landeshaushalt fließen. Weitere 350.000 Euro wird das Land bei den Studentenwerken streichen: Wohnheime und das Mensa-Essen werden teurer.

Weitere 30 Millionen Euro kürzt das Land im kommenden Jahr bei den Hochschulen. Das entspricht 600 Stellen. Auch über die Aufgabe von Studiengängen wird diskutiert. Schon

bisher zwingen in vielen Fächern fehlende Lehre und schlechte Studienbedingungen zu langen Studienzeiten.

All das ist Teil eines Paketes, das Ministerpräsident Roland Koch im September als „Operation sichere Zukunft“ vorstellte. Koch kündigte harte Einschnitte bei sozialen Einrichtungen, die Streichung von fast 10.000 Stellen beim Land bis 2008 und mehr Arbeit bei weniger Lohn für die Beschäftigten an.

An vielen Hochschulen werden sich in den kommenden Tagen Vollversammlungen mit den Plänen der Landesregierung befassen. In ganz Hessen schließen sich soziale Einrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften zu Bündnissen gegen die Kürzungspläne zusammen. Auch die Asten rufen zu den geplanten Protesten gegen Studiengebühren und das „Sparpaket“ der Landesregierung auf.

### Der Griff in die Tasche:

**Wortbruch: Neue Kürzungen an den Hochschulen**

Seite 2

**Wer muss wie viel zahlen?**

Seite 3

**Neue Lehrerarbeitslosigkeit? Das „Sparpaket“ trifft alle**

Seite 4



## Stichwort: Hochschulpakt

**Der Hochschulpakt garantierte den Hessischen Hochschulen: keine Kürzungen bis Ende 2005. Nun streicht die Regierung weitere 30 Millionen Euro. Das entspricht 600 Stellen. Das beschädigt die Reformfähigkeit in den Hochschulen.**

Im Januar 2002 unterzeichneten Ministerpräsident Koch und die zwölf Hochschulpräsidenten den Hochschulpakt. Der garantierte den Hochschulen bis 2005 jeweils den gleichen Etat wie 2001.

Die zu erwartenden Gehaltssteigerungen wollte das Land nur teilweise ausgeglichen. Dies bedeutete eine Kürzung von 500 bis 600 Stellen, rechneten die Hochschulen damals vor. Seit diesem Jahr,

verteilt das Land den Etat nach Kriterien an die Hochschulen. So bekommen sie für jeden Studierenden in der Regelstudienzeit einen fächerspezifischen Zuschuss.

Damit ihnen Zeit zum Reagieren bleibt, sind die Verluste auf ein Prozent im Jahr begrenzt. Nun kürzt das Land 30 Millionen aus dem Hochschuletat - das sind knapp 2 Prozent, was weiteren 600 Stellen entspricht.

Der Hochschulpakt hatte Pilotcharakter. Die Hochschulen und Fachbereiche sollten planen und Geld ansparen können. Statt Weisungen von oben, sollten Verträge Ziele und Finanzen regeln. Nicht das rechtzeitige Ausgeben von Geld, sondern der erzielte Effekt sollten belohnt werden.

Das Land bricht den wichtigsten Vertrag. Die Hochschulen werden das Geld da einsammeln, wo es ist. Wer Geld für wichtige Investitionen angespart hat, sieht sich betrogen. Wieder werden die Skeptiker bestärkt. Wer verantwortungsvoll zu planen versucht und Konzepte für die Zukunft entwickelt, wird ein weiteres Mal betrogen und demotiviert. Wenn der letzte diese Lektion gelernt hat, sind die Hochschulen endgültig reformunfähig.

## Die Chronik eines Vertragsbruchs

**Donnerstag, 10 Juli 2003**, Hessischer Landtag: Finanzminister Karlheinz Weimar redet Klartext: „Der Hochschulpakt wird nicht angegriffen. Er ist abgeschlossen, er ist eine vertragliche Vereinbarung mit den Hochschulen. Ich hielte es auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für eine Katastrophe, wenn die Umstrukturierung der Hochschulen ... dadurch angegriffen würde.“ Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) ergänzt: „Diese Landesregierung möchte durch diese Entscheidung deutlich machen, dass für uns das Thema Bildung an Nummer eins steht und Bildung für uns Zukunft heißt.“

**Mittwoch, 9. September 2003**, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst: Es ist Nacht, seit Stunden ringen die Hochschulleitungen mit dem Minister. Kürzungen von 80 Millionen Euro fordern Corts zu Beginn der Sitzung. Nun will er sich mit 21 Millionen von den Hochschulen und weiteren 9 von deren Beamten zufrieden geben. Als Gegenleistung bietet er an, einen eigens verhängten Einstellungsstopps wieder aufzuheben. Es ist spät in der Nacht und die Einigkeit der Hochschulpräsidenten ist längst dahin. Am nächsten Morgen verkündet das Ministerium einen „Kompromiss“.



## Koch greift in alle Taschen

**Kürzungen bei Studierenden und Hochschulen**

Lange Jahre wollte kein Mensch etwas von Studiengebühren wissen. Erst als die Finanzminister den Hochschulen Euro um Euro wegnahmen, begannen Hochschulpräsidenten und Bildungspolitiker ernsthaft über eine „Kostenbeteiligung“ der Studierenden zu reden – mit dem Ziel, die Hochschulen zu sanieren. Davon, so hieß es, würden ja auch die Studierenden profitieren.

Die Hoffnung, der Staat werde die eingenommenen Gebühren

tatsächlich in die maroden Hochschulen stecken, hielten die Gegner von Gebühren damals für naiv. Sie meinten: Was der Staat den Hochschulen auf Kosten der Studierenden gebe, werde er mit der anderen Hand wieder aus der Tasche der Hochschulen ziehen. Doch es kommt noch schlimmer:

Die Landesregierung greift beherzt in beide Taschen. Studierende sollen Gebühren zahlen, während die Hochschulen weitere Stellen abbauen müssen.

# Es trifft mehr als Du denkst

**Bleibt es beim vorgelegten Gesetz, wird ein Fünftel aller Studierenden ab Sommer Studiengebühren zahlen. Sind Langzeit- und Verwaltungsgebühren nur der Einstieg in Studiengebühren ab dem ersten Semester?**

Vom Lottogewinn träumen werden ab Sommer diejenigen, die das von der Koch-Regierung neu definierte Studienguthaben, ohne es zu ahnen, bereits verbraucht haben. Das sind einige. Gebühren wird ungefähr ein Viertel der Studierenden der FH Frankfurt zahlen müssen, berichtet Planungsreferent Christian Strohbach. Andere Hochschulen rechnen noch. In Hessen wird es wohl jeden Fünften Studierenden treffen.

In vielen Fächern liegt das Studienguthaben (s.u.) unter der durchschnittlichen Studienzzeit. So benötigt die Hälfte der Studierenden in Theologie und Informatik (Regelstudienzeit 8-9 Semester) mehr als 13 Semester bis zum Abschluss. In der Biotechnologie, Arabistik oder Sinologie sind es mehr als 15 Semester.

Nicht nur schwere Fächer oder schlechte Ausstattung können ein Studium verlängern. Krankheit oder Todesfälle, Schwangerschaft und Kinder können Studierende unverhofft aus der Bahn werfen. Das wird nun teuer. Zwar sieht die Regierung Härtefallregelungen vor. "Die sind aber noch schlechter als beim Bafög", kritisiert Ortrun Brand, ehemalige Sozialreferentin des AStA Marburg.

Betroffen sind alle Studierenden unterstreicht Julia Czech, GEW-Sprecherin an der Uni Frankfurt. Langzeit- und Verwaltungsgebühren sieht die Lehramtsstudentin als ersten Schritt zu allgemeinen Studiengebühren. Das Ministerium beteuert zwar, der „Verwaltungskostenbeitrag“ von 50 Euro umfasse „keine fachlichen Leistungen, die als Bestandteil der Leh-



**Wer für sein Studium arbeiten muss, wird das bald öfter müssen – und noch länger studieren.**

re anzusehen wären. Es handelt sich also nicht um eine Studiengebühr im Sinne von § 27 Abs. 4 HRG.“

Gegen diesen Absatz im Hochschulrahmengesetz, der Studiengebühren ab dem ersten Semester verbietet, klagen jedoch sechs CDU-geführte Bundesländer seit Mai vor dem Bundesverfassungsgericht.

## So berechne ich mein „Studienguthaben“:

**Regelstudienzeit + 3 bzw. 4 Semester\* + Bonus\*\* - Hochschulsemerster im SoSe 04**

### Auswertung:

**A) Dein Ergebnis ist positiv:** Die ermittelte Zahl gibt an, wie viele Semester Du noch gebührenfrei studieren kannst.

**B) Dein Ergebnis ist Null:** Herzlichen Glückwunsch! Du hast ein Semester gewonnen. Das Land spendiert Dir in einer Übergangsregelung das Wintersemester!

**C) Dein Ergebnis ist negativ:** Du mußt bezahlen: Bei -1 500, bei -2 700 sonst 900 Euro pro Semester. Versuche Dein Glück bei den Ausnahmen.

### Sonderfälle:

**Studiengangswechsel:** Hast Du im ersten Jahr und nur einmal gewechselt, hast Du ein neues Guthaben. Sonst gilt das alte.

**Zweitstudiengang:** Wenn Du bereits einen Abschluß hast, zahlst Du 500 - 1500 Euro im Semester.

**Konsekutiver Studiengang:** Du bekommst ein weiteres Guthaben: Regelstudienzeit + 1 Semester. Vom BA zum MA-Studium kannst Du Restzeiten übertragen.

**Doppelstudium:** Es gilt die längere Regelstudienzeit.

### Ausnahmen:

**Kinder:** Du betreust ein Kind bis zu 3 Jahren? Dann zahlst Du nicht. Es reicht, wenn das Kind im Semester kommt. Tipp: In diesem Jahr noch aktiv werden!

**Bafög:** Du bekommst noch Bafög? (Wie machst Du das?) Dann mußt Du nicht zahlen.

**Promotion:** Du bist nur in einem Promotionsstudiengang eingeschrieben? Glück gehabt!

**Berufsziel Kieferchirurgie?** Dein Guthaben erhöht sich um die zweite Regelstudienzeit.

\* 3 Semester bei einer Regelstudienzeit bis 7 und 4 bei 8 oder mehr Semestern Regelstudienzeit

\*\* Für Kindererziehung und die Pflege naher Angehöriger soll es bis zu 4 Semestern, für „ehrenamtliche Tätigkeit“ im besonderen öffentlichen Interesse“ (z.B. Hochschulselbstverwaltung) bis zu 2 Semester Bonus geben. Weitere Pläne sind noch nicht bekannt.

## Soziale Zukunft? Mehr arbeitslose Lehrer

Das Land will ein Drittel seiner Zuschüsse an soziale Einrichtungen streichen. Tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr, ganze Einrichtungen müssen schließen. Die Kürzungen an der Substanz der sozialen Infrastruktur betreffen nicht nur Frauenhäuser, und Beratungsstellen für Schuldner, Eltern oder Menschen mit psychosozialen Problemen. „Sie gefährdet den sozialen Frieden und damit die Demokratie“, sagte Wolfgang Gern, Chef des Diakonischen Werks Hessen-Nassau, der Frankfurter Rundschau. Für Studierende bedeuten sie zudem den Abbau potentieller Arbeits- und Praktikumsplätze.

Beamte sollen ab sofort weniger Weihnachtsgeld und kein Urlaubsgeld mehr bekommen – und künftig 42 Stunden in der Woche arbeiten. Für Angestellte und Arbeiter möchte Roland Koch das selbe nächstes Jahr durchsetzen. 5000 Stellen sollen so wegfallen. An den Hochschulen wird das die Beschäftigten weiter demotivieren und das Gewinnen nicht nur guter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erschweren.

**Die CDU-Regierung streicht 1400 Stellen und lässt Lehrer länger arbeiten. Trotzdem werden die Einstellungschancen bald wieder besser.**

Die Landesregierung will mindestens 1400 Stellen an den Schulen streichen. Nächstes Jahr werden rund 1500 Lehrerplanstellen altersbedingt frei. 1050 davon will Wiesbaden streichen. Über einen „Einstellungskorridor“ gelangen im ganzen Land nur 450 Lehrerinnen und Lehrer in ihren Beruf. Bei Vertretungsverträgen sollen zudem neun Millionen Euro eingespart werden: mindestens 220 Verträge. Die entstehende Lücke müssen die beschäftigten Kolleginnen und Kollegen durch eine zusätzliche Pflichtstunde füllen.

Mittelfristig werden die Aussichten wieder besser – wenn die Politik keine neuen Kapriolen schlägt. Im Jahr 2005 werden nach den Berechnungen des Kultusministeriums 2000 Kolleginnen und Kollegen pensioniert, bis zum Jahr 2011 soll diese Zahl bis auf 2800 steigen. Besonders in der Sekundarstufe eins, in den beruflichen

Schulen und mit den Mangelfächern Physik, Chemie, Englisch, Musik und Religion wird es in allen Schulformen Einstellungschancen geben. Eine Kürzung der Referendarstellen ist noch nicht geplant, derzeit erhalten alle Bewerber einen Platz.

Die GEW wird weiterhin für die Einstellung von mehr Lehrkräften kämpfen. Wir möchten die Qualität der Schulen verbessern: Dafür brauchen wir kleinere Klassen, weniger statt mehr Pflichtstunden, Vertretungsreserven, Zeit für pädagogische Weiterentwicklung der Schulen und die Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen.

Dafür – und gegen Kochs Sparpaket ruft die GEW gemeinsam u.a. mit dem DGB und den Asten zu einer Grosskundgebung am 18. November in Wiesbaden auf.

*Christoph Baumann, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hessen*

### Dein Kontakt zur GEW:

#### Marburg

Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Tel: 06421/95 23 95, Fax: 06421/95 23 95, Mail: wiss@hessen.gew.de

#### Kassel

Hans-Georg Klindt, GEW Nordhessen, Friedrich-Engels-Straße 26, 34117 Kassel, Tel: 0561/77 17 83, Fax: 0561/77 62 83, Mail: Hans-Georg.Klindt@gew-nordhessen.de

#### Frankfurt

Sharon Weingarten, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069/97 12 93 93, Mail: libertat@web.de

#### Gießen

Sibylle Hartzheim, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behagel-Straße 23-27 D, 35394 Gießen, Fax: 0641/47 113, Mail: sibylle.hartzheim@epost.de

[www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

